

# Es weht der Geist der Tea Party ...

Am Himmel über Zürich ziehen, was die finanzielle Lage der Stadt betrifft, düstere Wolken auf. Die Krise im Bankensektor hat zu hohen Steuerausfällen geführt. Gleichzeitig muss die öffentliche Infrastruktur (z.B. Schulen, Tram und Bus) wegen der übermässigen Zuwanderung stark ausgebaut werden, was viel mehr kostet als die "Neuzürcher" an Steuern bezahlen. Die Ausgaben für die flächendeckende Kinderbetreuung ausserhalb der Familien geraten völlig ausser Kontrolle. Ab 2014 drohen der Stadt

## **jährliche Defizite von mehreren hundert Millionen**

Franken. Es muss gespart werden. Sogar der ausgabenfreudige rot-grüne Stadtrat hat dies erkannt und eine umfassende Überprüfung angekündigt, welche Leistungen die Stadt in Zukunft erbringen soll. Nicht zu übersehen ist allerdings auch, dass an der kritischen Lage nicht zuletzt die Finanzpolitik der ultrabürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat schuld ist. Diese arbeitet schon seit langem systematisch darauf hin, den von ihr gehassten Sozialstaat finanziell zu strangulieren: Besteht ein Defizit, wird gespart. Ist das Defizit weg, werden Einnahmen gestrichen, damit es wieder eines gibt – und das Ganze beginnt von vorne! Steuerlich entlastet wird dabei vor allem die vermögende Oberschicht. Die US-amerikanische "Tea Party" lässt grüssen ... Auch bei uns in Zürich gehen Parteien

## **mit staatsfeindlichen Sprüchen auf Stimmenfang**

Das Gemeinwesen wird als Abzocker hingestellt, der uns nur das Geld aus der Tasche zieht. Verschwiegen wird, dass ein Durchschnittsbürger im Laufe seines Lebens viel mehr staatliche Dienstleistungen bezieht als er Steuern bezahlen muss. Trotzdem fallen viele Normalverdiener auf diese Propaganda herein. So werden mit den Stimmen von Arbeitnehmern und Mietern Politiker gewählt, die nachher arbeitnehmer- und mieterfeindlich politisieren.

**Bald sind wieder Stadt- und Gemeinderatswahlen!**

Dann gibt es zum Glück nicht nur die Wahl zwischen einem verschwenderischen rot-grünen Rundum-Betreuungsstaat und einer rechtsbürgerlichen Politik, die den Staat hasst und ihn kaputtsparen will. Wir Schweizer Demokraten meinen, dass der richtige Weg dazwischen liegt. Wir stehen zum Sozialstaat und zum Service Public, wollen aber nicht, dass sie zum Selbstbedienungsladen für die ganze Welt werden. Wir wollen dort gezielt sparen, wo bisher eindeutig "übermarcht" wurde: Bei den rasant wachsenden IT-Kosten beispielsweise oder bei der aufgeblähten "Betreuungsindustrie", die es locker fertig bringt, aus jedem zweiten kerngesunden Schulkind einen Therapiefall zu machen. Zürich braucht weder ein luxuriöses Kongresszentrum noch teure Stadion-Neubauten. Der Wildwuchs von Subventionen für Kulturangebote, die kaum jemand nutzt, soll zurückgestutzt werden. Schicken wir dann noch den Hafenkran direkt auf den Schrottplatz und sorgen dafür, dass die Asylorganisation ihren teuren Beratungs- und Betreuungsapparat abbaut, dann geht es auch der Stadtkasse bald wieder besser. Damit dieser Mittelweg möglich wird, braucht es im Stadt- und Gemeinderat nicht "linke" und "rechte" Ideologie, sondern mehr Schweizer Demokraten.

Schweizer Demokraten (SD)

der Stadt Zürich

Postfach 9103

8036 Zürich

